



Liebe Leserinnen und Leser,

seit gestern Abend haben wir in der Union wieder einen geschäftsführenden Vorstand. Als Erster Parlamentarischer Geschäftsführer wurde Michael Grosse-Brömer im Amt bestätigt. Auch Heike Brehmer, Manfred Grund und Patrick Schnieder wurden als Parlamentarische Geschäftsführer wiedergewählt. Für den Bereich Haushalt, Finanzen und Kommunalpolitik übernimmt Andreas Jung den Posten als Stellvertretender Vorsitzender, den zuvor unser amtierender Fraktionsvorsitzende Ralph Brinkhaus innehatte.

Im Parlament beschäftigen wir uns in dieser Woche unter anderem in erster Lesung mit der Erhöhung des Kindergeldes und des Kinderfreibetrages, von der viele Familien in Deutschland profitieren werden.

I. Die politische Lage in Deutschland

Stabile Rentenleistungen

Am Freitag geht es im Parlament um die Rente: Dann beraten wir das Vorhaben der Bundesregierung, das Rentenniveau bis 2025 bei mindestens 48 Prozent festzuschreiben. Auch soll der Beitragssatz stabil bei höchstens 20 Prozent bleiben. Außerdem soll für den absehbaren Zeitraum bis 2025 eine doppelte Haltelinie für das Sicherungsniveau vor Steuern bei 48 Prozent und den Beitragssatz bei 20 Prozent eingeführt werden. Für die Einhaltung der Haltelinien sollen mit dem Gesetzentwurf jetzt die erforderlichen gesetzlichen Regelungen geschaffen und eine geeignete finanzielle Vorsorge getroffen werden.

Für die längerfristige Fortentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung wurde die Rentenkommission eingesetzt, die bis Anfang des Jahres 2020 Vorschläge für die Zeit nach dem Jahr 2025 vorlegen wird. Der jetzt zu beratende Gesetzentwurf beinhaltet außerdem folgende Punkte:

- **Niveausicherungsklausel**
Das bisherige Sicherungsniveaueziel von 46 Prozent bis zum Jahr 2020 wird ersetzt. Bis zum Jahr 2025 wird eine neue Sicherungsniveaugrenze von 48 Prozent eingeführt.
- **Zusätzliche Bundesmittel und Beitragssatzgarantie**
Es wird gesetzlich festgelegt, dass der Beitragssatz zur allgemeinen Rentenversicherung bis zum Jahr 2025 höchstens 20 Prozent betragen darf, die Untergrenze wird bei 18,6% festgeschrieben. Absicherung durch Bereitstellung zusätzlicher Bundesmittel. Zusätzlich leistet der Bund in den Jahren 2022 bis 2025 Sonderzahlungen in Höhe von zunächst 500 Millionen Euro je Jahr.
- **Verbesserte Erwerbsminderungsrente**
Das Ende der Zurechnungszeit bei Erwerbsminderungsrenten wird für Rentenzugänge im Jahr 2019 in einem Schritt auf das vollendete 65. Lebensjahr und acht Monate verlängert und von 2020 bis 2031 schrittweise auf das vollendete 67. Lebensjahr verlängert. Entsprechendes gilt für die Renten wegen Todes. Die Verlängerung wird auch auf die Alterssicherung der Landwirte übertragen.

- **Verbesserte Kindererziehungszeiten**

In Zukunft wird die Kindererziehungszeit für Mütter und Väter, die vor 1992 geborene Kinder erzogen haben, um weitere sechs Monate verlängert. Die Regelung entspricht grundsätzlich der Regelung, die 2014 mit der Ausweitung der Kindererziehungszeiten auf zwei Jahre erfolgte, allerdings mit einer gewissen Ausweitung etwa bei Adoptiveltern. Durch Änderung des Beruflichen Rehabilitierungsgesetzes wird ermöglicht, dass Kindererziehung bei der Ermittlung des rentenrechtlichen Nachteilsausgleichs auch dann berücksichtigt wird, wenn sie infolge einer rechtsstaatswidrigen Haft tatsächlich nicht ausgeübt werden konnte.

- **Entlastung von Geringverdienerinnen und Geringverdienern**

Personen, die in der bisher vom Gesetz so bezeichneten Gleitzone 450,01 Euro bis 850 Euro monatliches Arbeitsentgelt erzielen, werden schon nach geltendem Recht bei den Arbeitnehmerbeiträgen zur Sozialversicherung entlastet. Diese Zone soll auf 1300 Euro ausgeweitet werden.

Erhöhung von Kindergeld und Kinderfreibetrag

Der Bundestag berät morgen den Gesetzentwurf der Bundesregierung für ein Familienentlastungsgesetz. Ziel der Neuregelung sind steuerliche Entlastungen für Familien. So sollen mit dem Gesetz die im Koalitionsvertrag vereinbarte Erhöhung des Kindergeldes und des Kinderfreibetrags umgesetzt werden.

Zunächst soll in einem ersten Schritt zum 1. Juli 2019 das Kindergeld pro Kind um 10 Euro pro Monat erhöht werden. Auch der steuerliche Kinderfreibetrag steigt. Weiter werden Familien steuerlich entlastet, indem der Grundfreibetrag um 168 Euro und in 2020 um weitere 240 Euro angehoben wird. Diese Maßnahmen gelten Familien mit Kindern - insbesondere Steuerzahler mit unteren und mittleren Einkommen können so in einem Rahmen von insgesamt rund 9,8 Milliarden Euro entlastet werden.

II. Die Woche im Parlament

Irak Mandat verlängern

Das aktuell laufende Mandat zur Beteiligung deutscher Streitkräfte zur nachhaltigen Bekämpfung des IS-Terrors und zur umfassenden Stabilisierung des Irak soll fortgesetzt werden. Bei der Mandatsverlängerung bleibt die deutsche Beteiligung unverändert: Maximal 800 Soldatinnen und Soldaten werden in der Region weiter im Einsatz sein.

Verlängert wird der Einsatz jetzt für ein Jahr - bis zum 31.10.2019. Dazu ist die Zustimmung des Bundestags nötig. Weiter unterstützt die Bundeswehr im Rahmen der internationalen Anti-IS-Koalition auch die Luftaufklärung in der Region. Die Beteiligung an Aufklärung und Luftbetankung läuft jedoch zum 31.10.2019 aus.

Fortgesetzt wird dagegen die im Frühjahr dieses Jahres aufgenommene Ausbildungskomponente, die die spezialisierte militärische Ausbildung der irakischen Streit- und Sicherheitskräfte im gesamten Land ermöglicht, beispielsweise bei der medizinischen Versorgung oder der Beseitigung von Minen und Kampfmitteln.

Verbesserungen bei der „Ehe für Alle“

Wir diskutieren in erster Lesung ein Gesetz zur Vereinfachung der Rahmenbedingungen des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts (Eheöffnungsgesetz), welches am 1. Oktober 2017 in Kraft getreten ist. Ziel des vorliegenden Entwurfs ist es, die einheitliche Umsetzung der Umwandlung von Lebenspartnerschaften in Ehen zu gewährleisten, Unklarheiten zu beseitigen und nicht mehr erforderliche Regelungen aufzuheben.

III. Sonstiges

Der Deutschlandtakt für die Bahn

Am gestrigen Dienstag wurde der Gutachterentwurf für einen "Zielfahrplan des Deutschland-Takts" durch Bundesverkehrsminister Scheuer und Bahnchef Lutz vorgestellt. Unser Ziel ist, den Schienenverkehr attraktiver zu gestalten, um noch mehr Reisende für den Bahnverkehr zu gewinnen. Daher werden die Reiserouten optimiert und die Ankunfts- und Abfahrtszeiten des Fern- und Nahverkehrs aufeinander abgestimmt. So wird das Umsteigen auch schneller und einfacher. Wir erreichen dies durch den Deutschlandtakt mit einem integralen Taktfahrplan. Grundvoraussetzung dafür ist jedoch eine Infrastruktur, die die erforderlichen Kapazitäten für den Deutschlandtakt bereitstellt. Wir werden deshalb rund 42 Milliarden Euro in die Schieneninfrastruktur investieren und die Digitalisierung vorantreiben. Eine weitere Voraussetzung für den Deutschlandtakt ist auch ein pünktlicher und zuverlässiger Bahnverkehr. Dieser gelingt aber nur mit einer leistungsfähigen Deutschen Bahn.

Kritische Recherche wird für investigative Journalisten in einigen Ländern Europas offenbar immer gefährlicher

Der Fall der brutal ermordeten bulgarischen Journalistin Wiktorija Marinowa setzt die empörende Entwicklung der letzten zwölf Monate fort. Bereits 70 Journalisten und Medienmitarbeiter wurden 2018 weltweit laut „Reporter ohne Grenzen“ getötet. Jeder Journalistenmord ist ein feiger Anschlag auf die Pressefreiheit und damit auf freie, plurale Gesellschaften. Die Große Koalition hat bereits im Juni 2017 einen Antrag in den Deutschen Bundestag eingebracht, in dem sie die Schaffung des Amtes eines UN-Sonderbeauftragten zum Schutz von Journalisten gefordert hat. Ich hoffe, dass dieser Sonderbeauftragte bald eingesetzt werden kann.

Erntedank ist auch Dank an die Landwirte

Am vergangenen Sonntag feierten die christlichen Kirchen Erntedank. Zur Freude und dem Dank über die Ernte kommt in diesem Jahr jedoch auch Demut. 2018 wird als Jahr der großen Dürre und Missernten in Erinnerung bleiben. Die Trockenheit hat vielen Landwirten und Waldbauern zuge-setzt. Einige Landstriche sind fast verödet. Die Auswirkungen waren und sind dramatisch. Die Folgen gehen am Ende alle an. Denn sterben die ländlichen Räume, sterben auch Lebensraum und Heimat für die Hälfte der Menschen in Deutschland.

Das Erntedankfest führt uns vor Augen: eine gute Ernte ist nicht selbstverständlich. Das gilt auch für Grundnahrungsmittel wie Milch, Mehl oder Kartoffeln. Der Mensch ist und bleibt von Naturereignissen abhängig. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat sich daher für Hilfen für bedrohte landwirtschaftliche Betriebe eingesetzt. Denn es geht um Existenzen. Landwirtschaft ist harte Arbeit. Die Betriebe wollen keine Almosen sondern faire Einkünfte. Sie wollen vorsorgen können. Dafür brauchen wir Maßnahmen, die in Zukunft noch mehr Risikomanagement ermöglichen wie z.B. eine Klimarücklage. Auch im Bereich der Digitalisierung gehört die Landwirtschaft in den Mittelpunkt. Denn mittels innovativer neuer Techniken wird die Landwirtschaft noch nachhaltiger.

Herzliche Grüße!
Carsten Brodesser

Verantwortlich für den Inhalt dieses Newsletters ist:

Dr. Carsten Brodesser MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel.: +49 30 / 227 – 71401

Fax: +49 30 / 227 – 76301

carsten.brodesser@bundestag.de

www.carsten-brodesser.de

www.facebook.com/dr.carsten.brodesser